

RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. MÄRZ 2025



WIEN – HAUPTSTADT DER CHANCEGLEICHHEIT

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Wiedner Bezirksvertretung stellt sich anlässlich des 8. März, des Internationalen feministischen Kampftags, dem rückwärtsgewandten, frauen*feindlichen Wind, der wieder schärfer durch Medien und Politik weht, entschieden entgegen. Sie verteidigt hart erkämpfte Frauen*rechte und bekräftigt ihren Willen, Wien zur Hauptstadt der Chancengleichheit werden zu lassen.

BEGRÜNDUNG:

Frauen* und weiblich gelesene Personen erfahren immer noch viel zu oft Gewalt. Das eigene Zuhause ist für viele der unsicherste Ort. Trennungen sind für viele der gefährlichste Moment in ihrem Leben. In Österreich ist jede 3. Frau* ab dem Alter von 15 Jahren von physischer oder psychischer Gewalt betroffen. Eine noch stärkere Investition in gendersensible Mädchen*- und Bubenarbeit, in Gewaltprävention und Gewaltschutz sind unumgänglich, um Frauen* und weiblich gelesen Personen ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten. Frauen* und weiblich gelesene Personen sind zudem nach wie vor mit strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. So werden Frauen* und Männer immer noch für gleichwertige Arbeit ungleich entlohnt. Im Durchschnitt liegt die Einkommensdifferenz bei 12,18 %. Der Gender Pension Gap (geschlechtsspezifische Pensionslücke) ist sogar noch höher: Frauen* erhalten um 40,1 % weniger Pension.

Denn wichtige Care-Arbeit (Betreuung und Erziehung der Kinder, Versorgung und Pflege älterer und/oder kranker Familienmitglieder) ist nicht nur unbezahlt, sondern wird immer noch vorwiegend von Frauen* verrichtet. Flächendeckende qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr und Lohntransparenz wären wirksame Hebel für Gleichstellung und die Beseitigung von Frauen*armut. Die – zum Glück gescheiterten – Koalitionsverhandlungen von FPÖ und ÖVP und die Politik der FPÖ in anderen Bundesländern zeigen: Es weht ein frauen*feindlicher und rückwärtsgewandter Wind. Zurückfahren statt Ausbau von Gewaltschutz, Herdprämien statt flächendeckendem Ausbau von Kinderbetreuung, patriarchale Rollenbilder statt Freiheit und Selbstbestimmung. Hart erkämpfte Frauen*rechte sind unter Druck. Es gilt, diese wachsam und mutig zu verteidigen. Denn Frauen*rechte sind Menschenrechte!

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die KUNDMACHUNG soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Bezirksamtes Wieden binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen und auf der offiziellen Webseite des Bezirks Wieden veröffentlicht werden.